
318/A(E) XXII. GP

Eingebracht am 28.01.2004

Dieser Text ist elektronisch textinterpretiert. Abweichungen vom Original sind möglich.

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

der Abgeordneten Mag. Hoscher, Erika Scharer
und GenossInnen
betreffend ein Maßnahmenpaket zur Rettung tausender Tourismusbetriebe in
Wintersportzentren

Der Klimawandel bedroht immer stärker den österreichischen Wintertourismus, insbesondere in tieferen Lagen. Eine UN-Studie, die im Dezember 2003 beim Sportkongress in Turin vorgestellt worden ist, belegt die Situation dramatisch. Demzufolge wird in Österreich die Schneefallgrenze in den nächsten dreißig bis fünfzig Jahren um 200 bis 300 m steigen. Dort, wo Schipisten noch in den 70er Jahren länger als vier Monate genutzt werden konnten, wird ohne Beschneiungsanlage die Nutzungsdauer auf weniger als drei Monate im Jahre fallen.

Die Folge für die Tourismusbetriebe in jenen betroffenen Gemeinden, die größtenteils unter 1000 m Seehöhe liegen, sind dramatisch. Die Bettenauslastung sinkt im jährlichen Durchschnitt durch Saisonverkürzung, die finanzielle Ertragskraft der Betriebe verringert sich systematisch. Parallel dazu kommt es auch zu einem Finanzierungsloch bei den Liftbetreibergesellschaften, womit in Hinkunft zusätzliche Investitionen (z.B. Beschneiungsanlagen) oder Maßnahmen zur Kapazitätssteigerung und damit zur Umsatzsteigerung in der verbliebenen kürzer gewordenen Schneeperiode in Frage gestellt werden.

Die Situation ist somit dramatisch, und verlangt vor allem für tiefer gelegene Wintersportorte ein langfristiges Konzept zur Verlagerung der Schwerpunkte im Tourismusangebot.

Andere Orte, die etwas höher gelegen sind, werden mit zusätzlichen Investitionen in Beschneiungsanlagen zumindest in den nächsten Jahren auskommen. Dabei sind gemäß einer Analyse des Studienganges "Infrastruktur Wirtschaft" der Fachhochschule Joaneum Beschneiungsanlagen im Hinblick auf den Klimawandel unbedeutend. So tragen Schneekanonen nur etwa ein Hundertstel zu den gesamten durch den Wintertourismus verursachten CO₂-Emissionen bei.

Die unterzeichneten Abgeordneten stellen in Sorge um die Zukunft tausender Betriebe und Beschäftigter in der Tourismus- und Freizeitwirtschaft nachstehenden

Entschließungsantrag

Der Nationalrat wolle beschließen:

1. Die Bundesregierung wird aufgefordert, endlich einen mit den Ländern aus verhandelten und ausfinanzierten Nationalen Klimaschutzplan dem Nationalrat bis spätestens 30. 6. 2004 vorzulegen, welcher wirksame Maßnahmen zur Beschränkung der klimawirksamen Emissionen (insbesondere Wärmedämmmaßnahmen im Zuge einer Althausanierung, Energiesparen und Förderung erneuerbarer Energieträger sowie Steigerung der Attraktivität des öffentlichen Verkehrs) beinhaltet und die Erreichung des Kyoto-Ziels in Österreich bis 2010 sicherstellt.
2. Der Bundesminister für wirtschaftliche Angelegenheiten wird aufgefordert, ein Maßnahmenpaket v.a. für all jene Gemeinden in Schigebieten in Österreich ausarbeiten zu lassen, bei denen sich der Liftbetrieb im Gemeindegebiet in den letzten fünf Jahren auf weniger als 100 Tage verkürzt hat. Dabei ist eine Anpassungsmöglichkeit der Tourismuskonzeption der Gemeinden unter Ausarbeitung spezifischer hochwertiger Tourismusprogramme im Zusammenhang mit den jeweiligen Tourismusmanagern der Region sicherzustellen und im Anschluss dessen die Umsetzung mit öffentlichen Förderungsmitteln zu unterstützen.

Als neue Schwerpunkte kommen unter anderem in Frage:

- der Ausbau alternativer hochwertiger Sportmöglichkeiten wie Langlaufen, Hundeschlittenfahren, Golf, Reitsport, Segelfliegen oder Tennis,
- die Verwirklichung naturnaher Tourismuskonzepte und die Konzentration auf Wander-, Mountainbike-, Kletter-, Jagd- und Fischereitourismus,
- die Setzung geothermischer Bohrungen zum Ausbau von Wellness- und Beautycentren im alpinen Raum, sofern aufgrund von entsprechenden Marktstudien für diesen Tourismuszweig noch ausreichende Chancen bestehen,

- der Aufbau von Kultur- und Gastronomieschwerpunkten samt Veranstaltungen, philosophisch/esoterischen Zentren und Denkfabriken unter Nutzung von Burgen, Klöstern und anderen historischen Gebäuden der Region, um der zunehmenden Sehnsucht der Menschen nach Individualität und Ruhe entgegenzukommen,
- Abenteuerurlauben samt modischen Extremsportarten
- die Nutzungsmöglichkeit von Unterkünften für Seniorenpflege und Lebenshilfezentren.

Um neue derartige Tourismuskonzepte optimal zu fördern, ist eine eigene Anlaufstelle von Seiten des Bundes zu schaffen.

3. Der Bundesminister für wirtschaftliche Angelegenheiten wird aufgefordert, für Schipisten unter 2000 m Seehöhe eine Förderungsaktion für Beschneiungsanlagen durchzuführen, um die touristische Nutzung bei bestehenden teuren Liftanlagen zu verlängern. Gleichzeitig ist in den Gemeinden die Möglichkeit zu geben, ausreichend Wasser zu Beschneiungszwecken entweder aufzustauen oder notfalls aus Privatgewässern unter Beachtung der ökologischen Funktionsfähigkeit zu entnehmen.

Zuweisungsvorschlag: Wirtschaftsausschuss